

Antrag der Fraktion DIE LINKE.**Die Situation von Opfern von Zwangsprostitution und Menschenhandel verbessern**

Zwangsprostitution und Menschenhandel sind Schandflecke der Zivilisation. In globalen Zusammenhängen werden die Opfer quer durch Europa auch nach Deutschland verschleppt und landen u. a. in Bremen, Bremerhaven und Umgebung.

Gewissenlose Ausbeuter bereichern sich allein in Bremen um Millionenbeträge an den Opfern. Sie werden häufig erst durch das Eingreifen der Polizei aus ihrer Zwangslage befreit.

Diejenigen, die den Mut haben, eine Aussage vor einem Gericht zu machen, bekommen dadurch eine sechsmonatige Frist, in der sie nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden.

Nur gut betreute und begleitete Frauen halten diesen Gerichtsprozess durch, deshalb sind die Beratungsstellen so wichtig.

Die Finanzierung der Beratungsstelle muss abgesichert und erhöht werden, damit betroffene Frauen qualifiziert beraten und in ihrer belastenden Situation angemessen begleitet werden können. Damit wird auch die organisierte Kriminalität wirksam bekämpft, denn nur wenn Frauen aussagebereit sind, können die Täter dingfest gemacht werden. Dies ist somit auch im öffentlichen Interesse.

In dieser Zeit hört die Not der traumatisierten Frauen durch die existenziell unsichere Situation, in der sie sich befinden, nicht auf.

Um in dieser Zeit die betroffenen Frauen zu unterstützen, sind verschiedene Sofortmaßnahmen vonnöten. Das betrifft unter anderem die sprachlichen Barrieren, die psychologisch-therapeutische Betreuung und die sie absichernden Unterkunftsmöglichkeiten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Kosten für eine psychologisch-therapeutische Behandlung werden übernommen.
2. Die Opfer bekommen die rechtliche und finanziell abgesicherte Möglichkeit einer Einzelunterkunft.
3. Die Kosten von Deutschkursen werden aus öffentlichen Mitteln übernommen.
4. Die Beratungsstellen werden finanziell so abgesichert, dass eine langfristige Planungssicherheit ermöglicht wird.

Peter Erlanson, Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.